

„Wir wollen keine Sklaven des 21. Jahrhunderts sein!“

Neoliberalismus, Protest und Repression in Bosnien-Herzegowina

von Sven Wachowiak

Im Frühjahr 2014 brachen in Bosnien-Herzegowina maßgeblich auf die neoliberale Reformpolitik zurückführbare Proteste aus, die Befürchtungen weckten, die – aus EU-Sicht – ohnehin zu schleppend verlaufende neoliberale Eingliederung des Landes in die westliche Einflussphäre könne noch vor der Ratifizierung des hierfür zentralen „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“ (SAA) vollends zum Stillstand kommen. Hier „Fortschritte“ zu erzielen wurde in dieser Phase als umso dringlicher empfunden, da nahezu parallel der Konflikt mit Russland um die Ukraine eskalierte, was Bestrebungen befeuerte, den Westbalkan endgültig vermeintlichen oder tatsächlichen russischen Vereinnahmungsversuchen zu entziehen. In dieser Situation wurde selbstredend nicht ein Gedanke daran verschwendet, die bisherige Politik, die zu Verarmung und Massenprotesten geführt hatte, grundlegend zu überdenken. Stattdessen setzte die EU auf eine Fortsetzung, ja sogar Intensivierung des neoliberalen Kurses, wie sich anhand der britisch-deutschen Initiative und dem Pakt für Wachstum des Jahres 2014 sowie dem neuen Arbeitsgesetz von 2016 zeigen lässt. Dies führte erwartbarer Weise nur zu weiteren Protesten, weshalb repressive Politiken – auch durch die im Land stationierte EU-Mission Althea – immer größere Bedeutung gewinnen.

I. Aufstand im neoliberalen Protektorat: Der Bosnische Frühling 2014

Der Bosnische Frühling wurde in der westlichen Berichterstattung gleichsam überlagert von der größeren, politisch weitreichenderen Krise, die etwa zur selben Zeit auf dem Majdan in Kiew eskalierte. Unterzieht man die jeweiligen revolutionären Subjekte in den beiden Fällen einem Vergleich, wird auch deutlich, warum sich bei den hiesigen Medien und Politikern nicht gleichermaßen Frühlingsgefühle einstellen wollten. Während man sich in Kiew feurigen Herzens auf die Nation berief, wurde in Tuzla und Sarajewo die Solidarität der Arbeiterklasse beschworen. Während auf dem Majdan Europaflaggen geschwenkt wurden, suchte man in Bosnien vergeblich nach Zeichen der Verbundenheit mit imperialen Machtblöcken. All das taugte also eher schlecht für Schlagzeilen, einmal, wie gesagt, weil es sich der unmittelbaren propagandistischen Verwertung entzog, aber auch, weil der Realitätsschock, den die Bilder brennender Regierungsviertel im europäischen Protektorat bedeuteten, die schöne Geschichte von der – auf dem neoliberalen Entwicklungsparadigma beruhenden – ‘transformativen’ Kraft der EU allzu offenkundig als postrationales Ammenmärchen dastehen und die gesamte Post-Dayton-’Strategie’ der Internationalen Gemeinschaft in einem wenig rühmlichen Licht erscheinen ließen.

Als im Februar 2014 Arbeiterproteste in Tuzla in einen landesweiten Aufstand mündeten, der als „Sozialer Aufstand“ (Socijalni bunt) oder Bosnischer Frühling (Bosansko proljeće) in die Chronik einging, geschah dies für das Gros der internationalen Beobachter gänzlich überraschend. Es hatte

schließlich immer geheißen, die bosnische Bevölkerung sei insgesamt passiv, apathisch und ohnehin durch unüberbrückbare ethno-nationalistische Differenzen hoffnungslos gespalten. Dabei kamen die Proteste weder jäh und unerwartet, noch als ein isoliertes Ereignis daher. Die

Früchte des Zorns waren lange herangereift. Schon im November 2013 hatte die britische Wochenzeitung *The Economist* in einem tabellarischen Ländervergleich bzgl. der Frage, wo soziale Unruhen auszubrechen drohten, Bosnien als einziges europäisches Land neben Griechenland in die “Very high risk”-Kategorie eingeordnet.¹

Betrachtet man den Bosnischen Frühling im globalen, im jugoslawischen, schließlich im bosnischen Kontext, wird deutlich, dass es sich hierbei um eine Entwicklung handelte, einen “Cycle of Contention” (Chiara Milan), in der die Ereignisse vom Februar 2014 nur eine herausragende Episode und einen vorläufigen Höhepunkt bildeten. Noch bevor Occupy Wall Street und die Indignados das Licht der Welt erblickten, war es im März 2011 in Kroatien zu einer Reihe von (medial vielerorts als „Facebook-Proteste“ verniedlichten) Protestmärschen gekommen, bei denen erstmals im postjugoslawischen Raum antikapitalistische Botschaften auf die Straße getragen und EU-Flaggen verbrannt wurden. Anfang Dezember 2012 entzündeten sich auch in Maribor, der zweitgrößten Stadt Sloweniens, Proteste an der korrupten Privatisierungspolitik, die den Bürgermeister zum Rücktritt zwangen, bevor sie auch auf das restliche Land übergriffen.

Zu diesem Zeitpunkt rumorte es auch schon in Bosnien. Zwar hatte es bereits in den Jahren zuvor in einzelnen Sektoren Widerstand gegen die Folgen des neoliberalen Umbaus gegeben – so als bosnische Landwirte 2005 gegen das zerstörerische Freihandelsregime protestierten² –, aber noch lange keine Ansätze für eine gesamtgesellschaftliche Gegenbewegung.

Dies sollte sich zwischen Mai und September 2012 ändern, als sich in Banja Luka (Republika Srpska, RS), der zweitgrößten Stadt des Landes, ziviler Widerstand gegen die Pläne der städtischen Behörden formierte, den lokalen Stadtpark (Picin Park) einebnen und von privaten Investoren überbauen zu lassen. Hunderte von Bürgern versammelten sich über Wochen in dem Park und reklamierten diesen in einer bemerkenswerten Erklärung als von der kapitalistischen Verwertungslogik befreite Allmende:

“Wir, die Bürger von Banja Luka, solidarisch miteinander trotz all unserer Unterschiede und vereint in unserem antifaschistischen Engagement, haben uns versammelt in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Zwang und die Kontrolle des Lebens, für den Rechtsstaat und gegen die Oligarchie von Politikern [...]. Es ist nun klar, dass wir unter der Parteiherrschaftsdiktatur einer kriminellen Oligarchie leben, und wir sind viele, die dagegen Widerstand leisten! [...]. Sobald die Angst verschwindet, beginnen Tyrannen, Diktatoren, Autokraten und falsche Autoritäten zu fallen [...]. Der Park ist eine Metapher für das allen Gemeinsame, worüber es uns möglich wird zu kommunizieren und zu handeln [...]. Wir haben keine Scheu vor der politischen Bedeutung dieser Geschichte, durch den Protest machen wir das Persönliche zum Politischen und umgekehrt.”³

Zwischen Juni und Juli 2013 kam es dann in Sarajewo und anderen Städten zu den multiethnischen JMBG-Protesten

(bzw. Bebolucija), hinsichtlich ihrer offenen Organisation und inklusiven Struktur etwa den späteren „Nuit-Debout“-Versammlungen in Frankreich ähnlich. Anlass der Empörung war die Unfähigkeit des notorisch obstruktionistischen bosnischen Parlaments, sich auf ein neues Gesetz zur Personenregisternummer (JMBG) zu einigen, weshalb sämtliche Babys, die seit Februar 2013 in Bosnien zur Welt gekommen waren, nummerlos blieben und keine Geburtsurkunden oder Reisepässe ausgestellt bekamen. Als infolgedessen ein schwerkrankes Baby zwecks einer lebensnotwendigen Operation nicht außer Landes geflogen werden konnte, versammelten sich am 5. Juni 2013 zunächst 100 bis 200 Demonstranten vor dem Regierungsgebäude und forderten eine unverzügliche Verabschiedung des Gesetzes. Die Proteste rissen auch nicht ab, als das Parlament notgedrungen eine auf 180 Tage befristete Interimslösung verkündete. Im Gegenteil: Die Bürger weiteten ihre Forderungen auf die Einrichtung eines staatlichen Solidaritätsfonds für schwer Erkrankte aus, in den Politiker für die Dauer ihres Mandats 30 % ihres Einkommens einzahlen sollten und verlangten, dass allen Protestteilnehmern Straf- und Repressionsfreiheit zugesichert werde. Am darauffolgenden Tag hatte sich eine Menschenkette von 3.000 Demonstranten um das Parlament herum gebildet, die den Abgeordneten den Auslass aus dem Gebäude verwehrten, solange keine Einigung zustande gekommen wäre. Die friedliche Blockade wurde vom RS-Präsidenten Milorad Dodik zur „schwersten Geiselnahme [...] in der Geschichte des ehemaligen Jugoslawien“ umgedichtet.⁴ Der Chef der Zentralbank befand, die Protestierenden hätten dem Image Bosniens als sicherem Investitionsstandort irreparablen Schaden zugefügt.⁵ Aber sämtliche Versuche der Delegitimierung oder der ethnischen Aufladung und Spaltung der Proteste liefen ins Leere.

Am 11. Juni 2013, auf dem Höhepunkt der ‘Bebolucija’, kamen allein in Sarajewo ca. 10.000 Menschen aus beiden Entitäten (!) des Landes zusammen, während zur gleichen Zeit Solidaritätsdemos in anderen Städten abgehalten wurden. Unabhängig davon fand in Banja Luka (RS) am 12. Juni ein großer Studentenprotest für bessere Bedingungen für Student_innen und gegen Kriminalität und Korruption in der RS statt.⁶ Ihren ursprünglichen Anlass hatten die Proteste zu diesem Zeitpunkt längst transzendiert und hatten eines jedenfalls in aller Deutlichkeit gezeigt, wie der Politische Soziologe Eric Gordy seinerzeit formulierte: “Das nationale Spiel ist aus und vorbei. Zu Zeiten, als es noch funktionierte, brachte es eine ganze Generation von Politikern hervor, die glaubten, sich durch das Anfachen von Ressentiments und Angst auf Dauer an der Macht halten zu können. Ihre Glaubwürdigkeit ist verspielt und ihr Stempel verblasst. Sie sind der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie sind erledigt.”⁷

Die gemeinhin als Bosnischer Frühling umschriebene Entwicklung nahm ihren Anfang in Tuzla, der mit 110.000 Einwohnern drittgrößten Stadt Bosniens, die sich im Nordosten des Landes befindet. Stets wird der besondere Umstand hervorgehoben, dass Nationalismus in der traditionell multiethnischen, von linker Arbeiterkultur geprägten Stadt immer eine relativ untergeordnete Rolle gespielt hat. Selbst zu Kriegszeiten hatte es dort zivile Initiativen zur Vorbeugung und Bekämpfung des Ethno-Nationalismus gegeben. Dass der Bosnische Frühling gerade hier seinen Ausgang nahm, liegt aber nicht unbedingt daran, wie manchmal impliziert wird, dass Tuzla eben so untypisch für Bosnien sei, sondern gerade weil sich dort der ganze wirtschaftliche und soziale Niedergang Bosniens wie in einem Brennglas bündelt.

Proklamation der Arbeiter und Bürger von Tuzla, 7. Februar 2014

Nachdem sie den Rücktritt ihrer Kantonsregierung erzwungen hatten, veröffentlichten die Arbeiter und Bürger von Tuzla am 07. Februar 2014 eine Proklamation mitsamt einer Liste von sieben Forderungen, die später auch als Grundlage für die Arbeit in den Plena dienten. Andere Städte folgten ihrem Beispiel. Gefordert wurde in Tuzla u.a (1) die Verhinderung „jede[r] Form von Kriminalisierung, Politisierung und Manipulation von [...] Protesten“; (2) die Bildung einer parteiferren und rechenschaftspflichtigen „technischen Regierung aus Professionellen“; (3) die Revision der Privatisierungen aller fünf Firmen, ihre Rückverstaatlichung und Wiederinbetriebnahme sowie die Regelung der Ansprüche der Arbeiter; (5) die Angleichung von Politikergehältern an die Gehälter im öffentlichen und privaten Sektor sowie (6) die Abschaffung sonstiger Privilegien und Kompensationen für Politiker ebenso, wie (7) die Abschaffung hoher Übergangsgelder, die Minister und andere Funktionäre nach ihrem Ausscheiden beziehen.

Zitate in der Zusammenfassung nach: <http://www.barthengelbart.de/?p=9102>

Die Unruhen (5. bis 8. Februar 2014) erwachsen aus den bereits seit 2009 andauernden, bis dato friedlich verlaufenen Protestaktionen entlassener Arbeiter der bankrott-privatisierten Fabriken DITA und Polihem, Poliolchem, Resod-Guming und Konjuh. Am Mittwoch, dem 5. Februar, kam es zum ersten Mal zu einer gewalttätigen Reaktion der Polizei (riot police) einschließlich des Einsatzes von Plastikmunition, Blendgranaten und Tränengas, was zunächst zu einer Welle der Solidarisierung innerhalb der Stadt führte. Am folgenden Tag wurde die gesamte Stadt abgeriegelt. Am Freitag setzten Demonstranten das Kantonsgebäude in Brand. In anderen Städten kam es zu Solidaritätsdemos, die ebenfalls eskalierten: Zu Angriffe auf Regierungsgebäude und Zusammenstoßen mit der Polizei kam es vor allem in Zenica, Mostar und Sarajewo. Auch in Banja Luka, der Hauptstadt der Republika Srpska, wurde eine Solidaritätsveranstaltung organisiert, die allerdings friedlich blieb.

Zwar wurde das Ausmaß der Zerstörung von der bosnischen Presse sogleich zum Anlass genommen, die Protestierenden pauschal als “Hooligans” zu diffamieren, um im selben Zug ihre politischen Forderungen zu entsorgen. An diesem Beispiel zumindest beweist sich aber gerade das Gegenteil der bürgerlichen Binsenweisheit, wonach gewaltsamer Protest immer kontraproduktiv sein und notwendigerweise politische Inhalte untergraben müsse. Erstens ist es allein der Tatsache, dass die Proteste in dieser Form eskalierten, geschuldet, dass sich die medialen Manager der westlichen Aufmerksamkeitsökonomie überhaupt dazu bequemten, ihre Spotlights wenigstens für kurze Zeit einmal auf die südöstliche Peripherie zu richten. Zweitens erinnert die Aktivistin Marina Antic an die Tatsache, dass konkrete Veränderungen in dieser ersten Phase des Protests durchgesetzt wurden: „Sobald die Gewalt stoppte, stoppten auch die Regierungsrücktritte.“⁸ Drittens schließlich erwies sie sich als bedeutender Katalysator, ohne den eine Bewegung über die Stadtgrenzen hinaus schwerlich zustande gekommen wäre. So berichtet die Anarchistin “Lo” in einem Interview mit der Revolutionären Aktion Belarus: “Die Proteste in 21 anderen Städten begannen aus Solidarität mit den 22 Verhafteten in Tuzla. Tuzla beeindruckte uns alle. Die Bosnier wussten, sie müssen rebellieren, wussten aber nicht



Brennendes Regierungsgebäude in Tuzla 2014.

Quelle: Ojan/CC0/Wikipedia

wie und waren enttäuscht von den gewaltfreien Protesten, die durch Politik und NGOs im vergangenen Sommer organisiert wurden. Sie wissen, dass all diese NGOs von USAID und NED [National Endowment for Democracy] bezahlt werden, also würden sie sich nicht den von ihnen organisierten Protesten anschließen. Nachdem sie gesehen hatten, dass diese Proteste von den Armen akzeptiert wurden und nicht von bezahlten 'Berufs-Aktivist*innen' organisiert sind, gingen die Leute auf die Straße. [...] Wichtig ist, dass die Protestierenden in ganz Bosnien sich weigerten, politische Parteien und NGOs zu unterstützen. Nur in Banja Luka, wo der Protest von der NGO Oštra Nula organisiert wurde, war es anders. Das war ein gewöhnlicher NGO-Protest, mit wenigen Transparenten und man stand ein oder zwei Stunden rum.⁹

Die zweite Phase (9. bis 26. März 2014) war gekennzeichnet durch den Übergang vom Chaos der Straßenunruhen hin zur Herausbildung organisierter demokratischer Strukturen, den Plena, die sich von einer der frühesten Organisationsformen der russischen Arbeiterbewegung inspirierten und bereits 2006 der Belgrader bzw. 2009 der kroatischen Studentenbewegung als Vorbild gedient hatten. Tatsächlich wurden auch die Tuzlaer Plena nach dem Rücktritt der Kantonsregierung von Professoren der philosophischen Fakultät der örtlichen Hochschule organisiert und brachten bald Ableger im ganzen Land hervor. Die Form des Plenums bot perfekte Rahmenbedingungen, um offene Versammlungen zu schaffen, in denen nun konkrete politische Forderungen basisdemokratisch formuliert und an das Kantonsparlament geschickt werden konnten.

Der Soziologe Asim Mujkic beschreibt die aus dem Misstrauen gegenüber traditionellen politischen Strukturen erwachsene Führungslosigkeit als ein hervorstechendes Charakteristikum der gesamten Bewegung.¹⁰ Um zu verhindern, dass sich bereits in der Frühphase hierarchische Strukturen herauskristallisierten, wurde jede Versammlung von einem ad hoc gewählten Moderator geleitet. Um einer Vereinnahmung von Regierungsseite vorzubeugen, wurde zudem Wert darauf gelegt, dass die Bewegung keine offiziellen Repräsentanten bzw. Sprecher haben sollte.

Die Expertenregierung wurde am 26. März 2014 gewählt. Wer kandidieren wollte, musste sich von jeder parteipolitischen Zugehörigkeit distanzieren und durfte nicht bei den anstehenden Parlamentswahlen kandidieren. Bahrija Umihanic, ein Professor der Universität Tuzla, wurde schließlich zum Kantonsvorsitzenden der Expertenregierung gewählt. Nach der Wahl flauten die Teilnahme und das öffentliche Interesse an den Plena langsam wieder ab und wurden nur durch die verheerenden Überschwemmungen Ende Mai 2014, von denen nahezu ein Drittel des Landes betroffen war, kurzzeitig wieder angefacht. Der aus der demokratischen Eigermächtigung erwachsene Enthusiasmus wurde aber mit ausbleibendem Erfolg der Expertenregierung stark gedämpft. Die Beteiligung an den Parlamentswahlen im Oktober 2014 fiel mit 54,14 Prozent noch geringer aus als vier Jahre zuvor (56,28 Prozent). Es wurde allerdings diesmal auch eine große Zahl an ungültigen Stimmzetteln abgegeben, besonders unter der „jüngeren, progressiveren und mehr linksgerichteten Bevölkerung.“¹¹

II. Weiter wie bisher: Die Reformagenda der Internationalen Gemeinschaft

Geopolitische Gemengelage

Die ab 2014 intensivierten Bemühungen der EU um den Westbalkan werden vor allem dann verständlich, wenn man die Massenproteste im Frühjahr 2014 im Lichte der Ukraine-Krise betrachtet. Der im Zuge des Konfliktes immer lautstarker erhobene Vorwurf, Russland betreibe eine neoimperiale Politik, diene dem Westen dabei als Rechtfertigung, um seinerseits Versuche zur neoliberalen Ausweitung der Einflussosphäre unter anderem auf dem Westbalkan zu intensivieren.

Ausgerechnet in dieser verschärften Situation also, da die Einbindung des „Westbalkans“ in den europäischen Einflussbereich aus geostrategischer Sicht wichtiger schien denn je, standen die politische Stabilität Bosniens und der Zustand, den Investoren „sozialer Frieden“ nennen, gefährlich auf der Kippe. Zur selben Zeit aber währte die EU ein günstiges Zeitfenster, das im Sinne der neoliberalen Schocktherapie-Logik dazu genutzt werden sollte, kurz und schmerzlos die restlichen Reformen zu erwirken, die man für unabdingbar hielt, um Bosnien via SAA in den europäischen Markt und im selben Zug endgültig in die euro-atlantische Einflusszone zu integrieren: „Es hat den Anschein, dass gewisse Kräfte innerhalb der Europäischen Union die Proteste als Chance wahrnahmen, die Dynamik des Integrationsprozesses anzufachen, und dass dieser Versuch allerdings weniger von dem Wunsch beseelt war, auf die Forderungen der Protestierenden zu reagieren, als dass er mit geopolitischen Interessen zu tun hatte.“¹²

Mit der sogenannten britisch-deutschen Initiative unter der Schirmherrschaft des damaligen deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier und seines britischen Amtskollegen Philip Hammond wurde – die Gunst des Augenblicks nutzend – knapp einen Monat nach den Parlamentswahlen im Oktober 2014 eine letzte, bilaterale Großoffensive ausgerufen, deren erklärter Zweck darin bestand, den renitenten EU-Anwärter endlich zur Durchsetzung der gewünschten restlichen Reformen zu bewegen. Der geopolitische Impuls, von westlicher Seite gerne geleugnet (so von der deutschen Bundeskanzlerin¹³), wird vom bosnischen Ministerratspräsidenten Denis Zvizdić indirekt bestätigt, wenn er die britisch-deutsche Initiative gegenüber dem britischen Botschafter mit der Äußerung begrüßt, die „strategische Orientierung“ Bosniens sei auf „die

Mitgliedschaft in EU und NATO“ ausgerichtet und betont, die Initiative komme damit gerade zur rechten Zeit.¹⁴

Der Wachstumspakt

Der britisch-deutschen Initiative vorausgegangen war der von der EU-Delegation – quasi die EU-Botschaft in Bosnien-Herzegowina – im Mai 2014 eilig aufgelegte und im Juli der Öffentlichkeit vorgestellte „Compact for Growth and Jobs“ (im Folgenden: Wachstumspakt). Er enthielt sechs dringliche wirtschaftliche Maßnahmen, die angeblich von einem Panel einheimischer wie internationaler Politiker, Experten und Interessenvertreter erarbeitet wurden. Als eine kritische bosnische Journalistin von dem daran beteiligten niederländischen Botschafter Jurriaan Kraak wissen wollte, welche Bosnier denn überhaupt zu dem Forum eingeladen worden seien, wies dieser zwar die implizite Unterstellung zurück, wusste aber keine konkrete Antwort zu geben.¹⁵ Ohnehin verwundert die Behauptung, die in der Online-Broschüre des Wachstumspakts aufgelisteten Maßnahmen, kraft derer es gelingen sollte, „den Modernisierungsprozess der Wirtschaft wieder an[z]u heizen“,¹⁶ seien das Ergebnis einer irgendwie pluralen Konsultation. Es handelt sich um ein neoliberales Kondensat, ein Worst-of zur Genüge bekannter Austeritäts- und Deregulierungsansätze, und hätte jedenfalls ebenso gut im Alleingang von der Bertelsmann-Stiftung erarbeitet werden können.

Die Maßnahmen sind in sechs Kategorien untergliedert – 1.) „Besteuerung der Arbeit“, 2.) „Job-Hindernisse“, 3.) „Geschäftsklima“, 4.) „Unternehmen“, 5.) „Korruption“ und 6.) „Soziale Sicherung“ – und sollten nach dem straffen Zeitplan der EU „von den Regierungen nach den Wahlen im Oktober [2014] umgesetzt werden.“¹⁷ Von politischen und institutionellen Reformen war im Unterschied zu vorangegangenen Vorhaben kaum mehr die Rede, was sich dann auch in der britisch-deutschen Initiative fortsetzte.¹⁸

An erster Stelle steht die Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmer, das neoliberale Patentrezept¹⁹ für Investitionsstau und Arbeitslosigkeit. Letztere Übel werden wie gewohnt monokausal darauf zurückgeführt, dass die Unternehmer mit Steuer- und Abgabekosten überlastet seien. Dabei wird außer Acht gelassen, dass es eine ganze Reihe von Gründen geben dürfte, warum Unternehmen davon absehen, ausgerechnet in Bosnien zu investieren, nicht zuletzt der vielbeschworenen Instabilität des Landes und seines notorisch korrupten Justizsystems wegen.

Die Autoren der EU-Wachstumspakt-Broschüre stellen fest: Im Schnitt sind in Bosnien und Herzegowina (BiH) auf einen ausgezahlten Nettolohn von 1000 KM (Konvertible Mark) Steuern und Abgaben in Höhe von 600 KM zu verbuchen. Was die Einfachheit des Steuersystems (ease of paying taxes) anbelangt, firmiert Bosnien laut dem Länderindex der Weltbank auf Platz 135 von 189. Hinsichtlich der Gesamtbelastung durch Sozialabgaben, erklären die Autoren in einer Fußnote, liege Bosnien mit einer Abgabenquote von 40% ganze fünf Prozentpunkte über dem Durchschnitt (35%) der neuen EU-Mitgliedsstaaten. Zwar liegt die Quote in Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien und anderen EU-Ländern noch höher, aber was Jupiter ziemt, darf das Rindvieh eben noch lange nicht. Auch dann offenbar nicht, wenn die Abgaben das notdürftige Funktionieren der sozialen Sicherung eines Landes gewährleisten müssen, in dem die Arbeitslosenquote bei geschätzt 40% liegt. Die Autoren gelangen im Gegenteil zu dem Schluss, dass die Beitragssätze und die öffentlichen Ausgaben herunterge-

schraubt werden müssen. Gespart werden soll im Gegenzug am Sozialsystem.

Um dieses dann weiterhin zu finanzieren, wird eine Verlagerung der Steuerlast weg von den Unternehmern und hin zu Formen der indirekten Besteuerung (also auf die Konsumenten) empfohlen, z.B. über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Naheliegender wäre es freilich, diejenigen Sektoren der Wirtschaft zur Kasse zu bitten, die bis dahin gar nicht in das System eingezahlt haben.

Das Problem nicht deklarerter Arbeit, also in der Schattenwirtschaft versickernder potentieller Staatseinnahmen, sehen die Autoren nicht etwa in den mangelnden Kontrollen oder den allgegenwärtigen Schmiergeldzahlungen (auch seitens westlicher Firmen) begründet, sondern in zu hohen Arbeitskosten, die den in Bosnien ansässigen Unternehmen quasi gar keine andere Wahl ließen, als ihre Profitraten mittels solcher ‘Tricks’ zu sanieren. Die EU schickt sich also an, die Schattenwirtschaft zu ‘bekämpfen’, indem sie vorschlägt, mit Geschenken auf Kosten der Lohnabhängigen an die Güte der Unternehmer zu appellieren.

Zu diesen Geschenken soll natürlich auch eine Flexibilisierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes gehören. In der Vorstellung der Autoren leben die bosnischen Arbeiter_innen bisher in einem Paradies der Rechte und Sicherheiten. Die Arbeitslosigkeit wird als ein Problem dargestellt, zu dessen Lösung man nur die „Jobhindernisse“ (gemeint sind Arbeiterrechte) aus dem Weg räumen und im Gegenzug „Anreize“ schaffen müsse, z.B. die Einführung leistungsbezogener Bezahlung. Danijela Majstorović rückt das schiefe Bild der Autoren zurecht: „Leistungsbezogene Bezahlung existiert bereits in der bosnischen Textilindustrie, wo Arbeitnehmer in der Vergangenheit immer wieder durch die Einführung leistungsbezogener Bezahlung gegen Arbeits- und Gewerkschaftsrechte verstoßen haben. Extrem hohe Leistungsvorgaben wurden vor allem für die größtenteils weibliche Arbeiterschaft gesetzt, aber keinerlei Anreize, ihnen über den nackten Mindestlohn hinaus etwas zu zahlen, mit der Begründung, dass es in Bosnien eine ganze Reservarmee an Arbeitern gibt.“²⁰

Igor Ratkovic, ein Gewerkschaftsführer in Prijedor, bemerkte gegenüber dem Nachrichtenportal Balkan Insight, dass das bis dato gültige Arbeitsgesetz von 2007 ja nie wirklich implementiert worden sei. Würde man zum Beispiel ernst machen mit den darin festgeschriebenen Überstundenregelungen, so schätzten Vertreter der Gewerkschaft, dann müssten bereits mindestens 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ratkovic beruft sich ferner auf eine gewerkschaftliche Schätzung, wonach die Unternehmen der Entitätsadministration der Republika Srpska ca. 410 Mio. Euro an unbezahlten Steuern und Beitragszahlungen für die Arbeiter schuldeten, „ein Drittel des Jahresbudgets der RS.“ Er schließt: „Irgendjemand benutzt dieses Geld, aber es sind weder die Arbeiter noch die Entität.“²¹

Die britisch-deutsche Initiative

Das Zustandekommen der britisch-deutschen Initiative mag auch einmal beispielhaft verdeutlichen, wie „demokratisch“ Entscheidungen in der EU-Außenpolitik getroffen werden. Wohl angestoßen durch einen Vorschlag Kroatiens im Europäischen Rat, lancierten Großbritannien und Deutschland die Initiative Anfang November 2014 auf der – offiziell klingenden, aber durch niemanden legitimierten – Südosteuropa-Konferenz des „Aspen Institute“ in Berlin, worauf sie knapp einen Monat später im EU-Rat zur offiziellen EU-Initiative erklärt wurde.

In ihrem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau (dessen paternalistischer Ton dadurch nicht leichter erträglich wird, dass er quasi als 'offener Brief' an das bosnische Volk daherkommt) betonen die beiden Schirmherren, die damaligen Außenminister beider Länder, unentwegt den kooperativen Charakter ihrer Initiative. Gleichzeitig wird durch Adjektive wie „dringend nötig“, „unentbehrlich“ und „tiefgreifend“ der Verhandlungsraum von vornherein so eng abgesteckt, dass sich die Einladung letztlich nur als Anweisung zur Kooperation interpretieren lässt: „Was Bosnien und Herzegowina dringend braucht, ist Stabilität und wirtschaftlicher Wohlstand sowie funktionierende demokratische und rechtsstaatliche Institutionen. Dafür braucht es tiefgreifende Reformen, die das Land bisher nicht durchgeführt hat. Die Aussicht auf einen EU-Beitritt hat sich in vielen anderen Staaten als sehr wirksamer Anreiz zur Durchführung unentbehrlicher Reformen erwiesen. Bedauerlicherweise hat sich diese Wirkung in [...] Bosnien und Herzegowina nicht entfalten können. Ein neuer Ansatz ist daher dringend nötig.“²² Gemeint ist damit erstens eine Umpriorisierung der bisherigen EU-Konditionalitäten, zweitens eine neu ersonnene Zuckerbrot-Rhetorik: Lange angemahnte politische Reformen werden – wie bereits im Wachstumspakt angedeutet – zugunsten sozioökonomischer Reformen hintangestellt. Diese werden als großzügiges Angebot verbrämt, das die EU 'den Menschen' unterbreitet, das jedoch eigentlich an den Menschen vorbei an die Eliten gerichtet ist: „Ebenso wenig wollen wir mit unserem Vorschlag in jene Zeiten zurückkehren, in denen die internationale Gemeinschaft Bosnien und Herzegowina Gesetze auferlegte. Wir machen den Menschen in Bosnien und Herzegowina und den von ihnen gewählten Politikern ein Angebot: Wenn sie die nötigen Reformen umsetzen, werden wir uns für Fortschritte auf dem Weg des Landes nach Europa einsetzen.“²³

Die neuen Arbeitsgesetze

Am 31. Juli 2015 verabschiedete das Parlament der Föderation im Eilverfahren ein neues Arbeitsgesetz, welches das bis dahin gültige Gesetz von 1999 ablöste; am 29. Dezember wickelte dann auch in der RS das Arbeitsgesetz von 2007 einem neuen, ebenfalls im Eilverfahren. Dass diese einschneidenden Maßnahmen so unverzüglich durchgesetzt wurden, ist natürlich maßgeblich der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen nationalen Eliten und Internationalen Finanzinstitutionen und der EU zu „verdanken“. Die Reformen waren im Grunde beschlossene Sache – Demokratie hin oder her –, als die Finanz- und Premierminister der Entitäten und des Landes im Juni 2014 eine Absichtserklärung unterzeichneten, die der IWF für die Vergabe weiterer Kredite voraussetzte. Darin steht bereits en détail nachzulesen, welche genauen Vorstellungen die 'Internationale Gemeinschaft' für Bosniens Arbeiter in petto hat.²⁴

Kenan Mujkanović von der Gewerkschaft der Metallarbeiter berichtet, was die daraus resultierende Prekarisierung für den durchschnittlichen Arbeiter bedeuten würde: „Wir haben einen ähnlichen Prozess in Kroatien und Serbien gesehen, wo [IWF, die Weltbank] und die Rating Agenturen behaupteten, der Index der Arbeiterschutzzrechte sei unzumutbar hoch, so wie sie es nun auch über uns sagen. [...] Vor Kurzem hat der britische Botschafter in BiH, Edward Ferguson, gesagt, die hohen Lohnstückkosten seien der Grund für unsere niedrige Wettbewerbsfähigkeit und stünden neuen Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Wege. Diese Behauptung hält einer ernsthaften Überprüfung nicht stand. Es ist ja bekannt,

dass das Durchschnittsgehalt in der Realwirtschaft zwischen 500 KM und 600 KM liegt, während sich der Gesamtverbrauch einer vierköpfigen Familie auf 1,800 KM im Monat beläuft. Das Statement zeigt jedoch, wie die Interessenlage der Internationalen Gemeinschaft ist und welche bedeutende Rolle sie bei der Schaffung der künftigen Arbeitsverhältnisse [in BiH] spielt.“²⁵

Diese Ausgangsbedingungen sollte man im Kopf haben, wenn man die im Sommer 2015 eingeführten Neuerungen im Arbeitsrecht der Föderation einer Betrachtung unterzieht: Die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge, bisher als sparten-spezifische Ausnahme definiert, wird auf sämtliche Beschäftigungsbereiche ausgeweitet; das grundsätzliche Verbot von Nachtarbeit für Frauen in der Industrie wird abgeschafft; erstmals wird die Einführung leistungsbezogener Bezahlung erlaubt; Verlängerungen des Mutterschutzurlaubs bei Zwillingen und ab dem zweiten Kind fallen weg; die Übertragbarkeit von Alturlaub wird eingeschränkt. Als Feigenblatt werden natürlich auch einige Verbesserungen eingestreut (Antidiskriminierungsparagrafen u.ä.). Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier unterm Strich ein Rückbau von Arbeiterrechten vorgenommen wurde.

Mindestens ebenso schwer wiegen die Einschränkungen bei der Organisation von Arbeitern: Die Gründung von Betriebsräten ist nun erst ab 30 Mitarbeitern erlaubt; die Feststellung der "Repräsentativität" von Betriebsgewerkschaften obliegt nun dem Arbeitgeber bzw. dem Arbeitsgericht; die bis dahin unbefristeten "Allgemeinen Kollektivvereinbarungen" werden zeitlich auf drei Jahre begrenzt, mehr noch: Sämtliche existierende Kollektivvereinbarungen müssen innerhalb von 90 Tagen dem neuen Gesetz angepasst werden. Diese letzten Verfügungen sind gleichzusetzen mit einer de-facto Entmachtung und Ausbootung der Gewerkschaften. Die Internationale Gemeinschaft und ihre Finanzinstitutionen haben, im Verbund mit der bosnischen Regierung und den Arbeitgeberverbänden, einen Coup von oben gegen die organisierte Arbeit durchgeführt.

Die Arbeitsgesetze sollen freilich erst der Startschuss für die Reformagenda sein: „Die zentralen Strukturreformen – etwa der Sozialsysteme, die Restrukturierung öffentlicher Betriebe oder die Reform der öffentlichen Verwaltung stehen allenfalls am Anfang.“²⁶ Was dem Arbeiter aber als Drohung in den Ohren klingt, erscheint den Neoliberalen als Verheißung. Auch sie gestehen nolens volens ein, wie es bspw. im Wachstumspakt heißt, dass es „kurzfristige Folgeerscheinungen [short-run effects]“ geben werde, welche abgefedert werden müssen. Auch die um Ausgewogenheit bemühte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung prognostiziert für den Fall, dass "andere zentrale Schritte wie etwa die Reform der öffentlichen Verwaltung oder der Justiz ausbleiben [sollten], die Auswirkungen des neuen Gesetzes eindeutig negativ ausfallen werden – und zwar in Form der Vergrößerung des bereits bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Chaos und der tatsächlichen weiteren dramatischen Entrechtung der Arbeiter.“²⁷ Es sind dies Varianten der altbekannten Idee von der Roßkur: Zunächst wird es ein bisschen unangenehm, dann aber soll alles besser werden.

Allein es wird nicht besser. In Wahrheit steht das Beispiel Bosnien stellvertretend für eine von der neoliberalen Herrschaft und ihren Institutionen in den letzten Jahren systematisch auf dem gesamten Balkan vorangetriebene Prekarisierung der Arbeit. Hier wird ein Regime der Prekarität errichtet, das sich auch auf lange Sicht durch ein konkurrenziales Gleichgewicht über die Ländergrenzen hinweg stabilisiert: „Prekäre Arbeit hatte es auch in vorangegangenen Gesetzen gegeben,

jedoch nur als Ausnahme von der Regel. Mit der Institutionalisierung des Neoliberalismus in den früheren jugoslawischen Republiken wurde eine (sozusagen) pan-balkanische Form von austeritäts-geleiteten staatlichen Vorkehrungen geschaffen. Diese umfasst eine Reihe miteinander verknüpfter Staaten, die durch Marktintegration und Langzeit-Austerität verbunden sind, was bedeutet, dass ihre Austeritätsmaßnahmen nicht länger als Ausdruck der Dringlichkeit oder eine spezifische Antwort auf eine Krise sind, sondern für die Dauer eingerichtet sind. In diesem Kontext eines 'Balkan-Neoliberalismus' spielen Arbeitsgesetze eine Schlüsselrolle bei der Standardisierung prekärer Arbeitsverhältnisse, welche nicht mehr länger eine Ausnahme, sondern die Regel bilden – mit immensen Zugeständnissen an die Arbeitgeberseite.²⁸

Mobilisierung der Gewerkschaften

Reaktionen der vom Verhandlungs- an den Katzentisch verwiesenen Gewerkschaften ließen nicht lange auf sich warten. Wenn sie auch nichts ausrichten konnten, so zeigte sich hier doch, dass der Bosnische Frühling es vermocht hatte, dem blinden Nationalismus eine neue alte Form der Solidarität entgegenzusetzen. Dies wurde besonders deutlich am Beispiel der gewerkschaftlichen Massenmobilisierung in der RS, die sich nicht nur offen gegen die eigene Entitätsregierung richtete – als am 30. Juli 2015 das Entitätsparlament in Sarajewo über das neue Arbeitsgesetz für die Föderation abstimmte, machten sich nicht nur Tausende Demonstranten aus allen Teilen der

Föderation (auch aus der nord-westlichen Bihac-Region und aus Tuzla im Nord-Osten) auf den Weg in die Hauptstadt, sondern auch Gewerkschaftsvertreter aus der RS!²⁹

Beachtlich war, dass die Proteste in der RS diesmal verhältnismäßig größer und anhaltender ausfielen als in der Föderation. Kurz nachdem die Entitätsregierung angekündigt hatte, das neue Arbeitsgesetz solle noch Ende 2015 verabschiedet werden, organisierte die Vereinigung der Gewerkschaften der RS zum 1. Mai in mehreren Städten der Entität Demonstrationen gegen das Gesetz; allein in der Hauptstadt Banja Luka gingen 5.000 Leute auf die Straße. Die Gewerkschaftsführung betonte, der Kampf für die Erhaltung des bestehenden Arbeitsgesetzes werde nicht nur im Namen der Arbeiter, sondern auch für die Rentner und Erwerbslosen geführt.³⁰

Als am 29. Dezember 2015 das neue Arbeitsgesetz schließlich im Parlament der Republika Srpska verabschiedet wurde, kam es dort zu einem Eklat, nachdem die Vorsitzende der Gewerkschaften, Ranka Misic, von Sicherheitsleuten aus dem Parlament entfernt worden war, woraufhin oppositionelle Abgeordnete demonstrativ aufstanden und den Saal verließen. Derweil demonstrierten Tausenden vor dem Parlamentsgebäude. Auf einem der Protest-Banner war zu lesen: „Wir wollen keine Sklaven des 21. Jahrhunderts sein.“ Der Premierminister der RS, Zeljka Cvijanovic, erklärte hingegen, das Gesetz sei unabdingbar, weil sonst die Investitionen aus dem Ausland und internationale Gelder ausblieben: „Es tut mir leid für die Arbeiter, aber wir können dieses Gesetz nicht verwerfen.“³¹

Milorad Dodik – der starke Mann der Republika Srpska

Die derzeit stärkste Kraft der RS im Abgeordnetenhaus von BiH - mit sechs von vierzehn Sitzen - stellt die serbisch-nationalistische Partei Savez Nezavisnih Socijal Demokrata (SNSD, Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten), die zwar 1996 aus der Aufspaltung der Savez reformskih snaga Jugoslavije (SRSJ, Bund der Reformkräfte Jugoslawiens) in einen multiethnischen und einen serbisch-nationalistischen Flügel hervorgegangen war, sich aber in den frühen 2000er Jahren zunächst als moderate Alternative zur ultranationalistischen Srpska Demokratska Stranka (SDS, Serbische Demokratische Partei) etablieren und diese schließlich 2006 von der Macht ablösen konnte. Ein Mann verkörpert wie kein anderer den Aufstieg der SNSD zur mächtigsten Partei der RS: Milorad Dodik – seiner politischen Positionierung während des Krieges verdankt er seine steile Karriere als „Anti-SDS, aber Pro-RS ‚moderater Serbe‘“.¹ Solche waren nach Dayton gefragte Kooperationspartner und wurden von der US-Botschaft aktiv händelnd gesucht.

Noch 1998 lobte die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright den soeben zum Premierminister der Entität gewählten SNSD-Vorsitzenden Milorad

Dodik als „frischen Wind“ [„breath of fresh air“]. Dodik war zwar bekennender Nationalist, galt aber gemeinhin als moderat und kooperationsbereit. Auf allgemeines Wohlwollen stieß nicht nur seine Forderung nach einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen BiH und Kroatien, sondern auch seine kalkulierte westkonforme Wahlkampfretorik, die sich in Formulierungen wie „wirtschaftlicher Fortschritt“, „Schuldenrückzahlung“, und „Öffnung für die Welt“ erging. Es waren derlei Verheißungen, die ihm 1998 die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft sicherten und zwischen 400 und 600 Millionen Euro an internationalen Hilfgeldern für die RS einbrachten, die noch bis 1996 unter internationalem Embargo gestanden hatte.

Zwischen 2001 und 2005 verlagerte sich sein Diskurs hin zu einem serbisch-nationalistisch grundierten Antikolonialismus, einschließlich der Forderung nach einer eigenen nationalstaatlichen Lösung für die kroatischen Bosnier, also einer de-facto Drei-Entitäten-Lösung.² Der Journalist Senad Pećanin erinnerte sich 2007 an eine Unterhaltung, die er vier Jahre zuvor mit Dodik geführt hatte: „Ich gehe zu irgendeiner Vorwahlkampfveranstaltung, sagen wir in Teslić.

Die ganze Stadt ist gekommen. Ich rede über Rechtsstaatlichkeit, Ordnung, Euro-Atlantische Integration, Menschenrechte, Wirtschaft ... die Leute starren mich an wie die Schafe. Nicht die geringste Reaktion. Und dann werfe ich den Slogan in die Runde: ‚Wir werden die Republika Srpska verteidigen‘ – und meine Arbeit ist getan. Jubel!“³

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie die Beschwörung der ethno-nationalistischen Gemeinschaft in einem völlig entpolitisierten Raum, in dem die unmündige Bevölkerung ohnehin nichts zu entscheiden hat, als Politiksurrogat fungiert. Die gerufenen Geister, die sich in der ersten Zeit stabilisierend auf das BiH-Gesamtsystem gewirkt haben mögen – vielleicht ganz im Sinne seiner Architekten –, drohen allerdings bisweilen sich zu verselbständigen und erweisen sich nun vor allem im Hinblick auf die EU-Integration als Hindernis.

Anmerkungen

1 Toal 2013.

2 Vgl. Danijela Majstorovic, Comments on Gerard Toal's „Republika Srpska will have a referendum“, Nationalities Papers, 2013, Vol. 41, S. 209-213.

3 Toal 2013.

III. Bosnien: Proteste und (militärische) Kontrollversuche

Republika Srpska: Sezessionistische Bestrebungen

Neben der Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund der neoliberalen Zurichtung des Landes sitzt Bosnien noch auf einem weiteren Pulverfass, das die Lage für die Europäische Union zusätzlich verkompliziert: Seit einigen Jahren bereits löckt der RS-Präsident Milorad Dodik in regelmäßigen Abständen gegen den Stachel der internationalen Administration und greift dabei bevorzugt auf ein bewährtes politisches Instrument zurück: den Volksentscheid.

Bereits 2006 brachte Dodik, damals als Oppositionsführer, nach einer gescheiterten Verfassungsreform erstmals die rein „theoretische“ Überlegung auf den Tisch, dass sich die Blockade auch lösen lasse, indem die RS über ihre staatliche Unabhängigkeit abstimmen ließe.³²

Befeuert wurden die Bestrebungen durch einen Präzedenzfall, den die „Internationale Gemeinschaft“ den Independisten der RS frei ins Haus lieferte: Im Juli 2010 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof ein unverbindliches Gutachten über den völkerrechtlichen Status des Kosovo,³³ welches im Westen weithin als Bestätigung der Rechtmäßigkeit der zwei Jahre zuvor erklärten Unabhängigkeit der einstigen Provinz begrüßt wurde. Daraufhin erklärte Dodik, „[d]ie RS könnte noch heute Abend eine Deklaration über ihre Selbstständigkeit annehmen, die keinen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen würde“ und bezeichnete das Urteil als „gute[n] Wegweiser für den weiteren Kampf um den Status und die Zukunft.“³⁴

Die damalige EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton ließ daraufhin wissen, die RS könne „so viele Referenden abhalten, wie sie möchte. Aber letztlich geht es hier darum, dass ein Land zusammenfindet. [...] Die Politik der Teilung und das Flirten mit sezessionistischer Rhetorik sind ebenso schädlich wie nutzlos. Die Europäische Union wird ein Auseinanderfallen Bosnien-Herzegowinas niemals akzeptieren.“ Der zu diesem Zeitpunkt eben gegründete Europäische Auswärtige Dienst verfasste hierauf ein Geheimpapier mit dem Titel „Next steps in Bosnia and Herzegovina through stronger EU presence and a reinforced EU policy“ (dt.: „Nächste Schritte in Bosnien und Herzegowina durch eine stärkere EU-Präsenz und eine verstärkte EU-Politik“), worin strenge Sanktionsmaßnahmen vorgeschlagen werden: „In Fällen von Nichtbefolgung [non-compliance], etwa Herausforderungen der Grundlagen des Staates Bosnien-Herzegowina, wird der [Sonderbeauftragte für den westlichen Balkan] in der Lage sein, der Hohen Vertreterin der EU vorzuschlagen, Reiseverbote und/oder das Einfrieren von Auslandsvermögen von Widersachern aufzuerlegen.“³⁵

In einer im Juli 2015 veröffentlichten Erklärung kündigte die Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) schließlich ein Unabhängigkeitsreferendum für 2018 an.³⁶ Als selbst der natürliche Verbündete Serbien dem Vorhaben die Unterstützung versagte, ruderte Dodik im Februar 2016 zunächst zurück,³⁷ ließ aber noch im September desselben Jahres – eine Woche vor den Kommunalwahlen – ein Referendum darüber ausrichten, ob der 9. Januar, der Tag, an dem 1992 die Republika Srpska ausgerufen wurde, zum Nationalfeiertag der Serbenrepublik erklärt werden solle. Dieses Referendum wurde weithin als Testlauf im Hinblick auf das für 2018 angekündigte Unabhängigkeitsreferendum interpretiert.³⁸ Bereits mit seiner Durchführung setzte sich Dodik explizit über eine Entschei-

dung des gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts hinweg, welches die Einrichtung eines solchen Feiertags von vornherein für diskriminierend gegen die nicht-serbische Bevölkerung erklärt hatte.

Als der Feiertag im Januar 2017 mit Pomp begangen wurde – trotz Widerstands der EU und der Zentralregierung –, reagierten die USA unverzüglich mit Sanktionen gegen Dodik; eine Reaktion, die noch vor fünf Jahren kaum vorstellbar gewesen wäre und von der neuen Relevanz Bosniens auf dem geopolitischen Schachbrett zeugt. Die Sanktionen schienen vorerst gewirkt zu haben: In einem Interview mit der US-amerikanischen Zeitung Politico erklärte Dodik, das für 2018 angekündigte Unabhängigkeitsreferendum solle nun vorerst doch nicht stattfinden und begründete dies mit den zu erwartenden Reaktionen, betonte aber, man wolle einen günstigeren Zeitpunkt abwarten.

An dem Hin und Her wird ersichtlich, dass die Unabhängigkeitsdrohung an und für sich bereits eine Reihe von Zwecken erfüllt. Als politisches Mittel wird sie stets dann zum Einsatz gebracht, wenn irgendwelche Kompetenzen von der Entität auf den Gesamtstaat übertragen werden sollen (Polizeireform, Justizreform, Verfassungsreform etc.) und folgt somit einer Logik der Autonomiemaximierung und des persönlichen Machterhalts. Gegenüber der Internationalen Gemeinschaft, verkörpert insbesondere durch den OHR, wird damit – mehr symbolisch, als praktisch – der antikoloniale Aufstand von rechts geprobt, eine Kraftmeierei, die vor allem bei der eigenen Machtbasis ihren Eindruck nicht verfehlt, den eigentlichen Machthabern im Land, die in Brüssel sitzen, aber logischerweise überhaupt nicht gelegen kommt. Wie man die Plausibilität der Drohung auch bewerten mag, eine entsprechende Stimmung in der Bevölkerung ist jedenfalls vorhanden und lässt sich vermutlich jederzeit aktivieren: Laut einer Umfrage des Brüsseler Umfrageinstituts Gallup Balkan Monitor, die im November 2010 durchgeführt wurde, würden jedenfalls 88% der Befragten ein Referendum über die Unabhängigkeit der RS befürworten.

EU-Mission: Brüssels ultimativer Machtgarant

Angeichts drohender Sozialproteste und sezessionistischer Bestrebungen liegt der Verdacht nahe, dass die bis heute in Bosnien-Herzegowina stationierten westlichen Truppen vor allem sicherstellen sollen, die Geschicke des Landes notfalls militärisch in die gewünschten Bahnen lenken zu können.

Um die militärische Umsetzung des Dayton-Abkommens zu gewährleisten, wurden ab Ende 1995 zunächst 60.000 Soldaten im Rahmen der NATO-geführten Umsetzungsmission IFOR (Implementation Force) bzw. der sich ein Jahr später anschließenden Stabilisierungsmission SFOR (Stabilisation Force) in Bosnien stationiert. Im folgenden Jahrzehnt wurde die Truppenstärke fortlaufend reduziert. Zwischen den Jahren 2002 und 2004 entschied der Nordatlantikat, die NATO-Truppenzahl in zwei Schritten von 17.000 auf 7.000 Soldaten zu senken, die zwecks „Abschreckung durch Präsenz“ im Land verbleiben sollten. Am 2. Dezember 2004 übernahm EUFOR (European Union Force) Althea das Mandat von der NATO, was auch ganz im Sinne der erklärten EU-Außenpolitik war, Bosnien „unumkehrbar auf den Weg zu Staatlichkeit und Mitgliedschaft in Europa“ (OHR Ashdown, 2007) zu bringen. Der NATO blieben allerdings dank der „Berlin-Plus-Vereinbarung“³⁹ mehrere Hintertürchen offen, weshalb sie im Land nach wie vor eine Rolle spielt.

Um einen fließenden Übergang zu gewährleisten, blieb die Truppenstärke mit 6.300 Soldaten nach der Mandatsübergabe zunächst fast unverändert, wurde aber im Zuge einer Umstrukturierung der Mission 2007 noch einmal massiv reduziert. Im September 2010 sank die Zahl auf 1.900 Soldaten und ging von da weiterhin – angeblich aufgrund der stetig besser werdenden ‚Sicherheitslage‘ in Bosnien (offizielle Sprachregelung), vermutlich aber auch wegen der krisenbedingt verschlechterten Wirtschaftslage in Europa – kontinuierlich zurück, sodass heute „nur noch“ rund 600 EU-Soldaten im Land stationiert sind.

Das exekutive Mandat von EUFOR Althea beinhaltet unter anderem die „Berechtigung“ zur Gewaltanwendung für die „Unterstützung der Einrichtungen des Staates Bosnien und Herzegowina zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung der Sicherheit im Land“ sowie die „Sicherstellung eines aktuellen Lagebildes.“⁴⁰ Somit ist es die Althea-Mission, die in letzter Konsequenz militärisch für die Aufrechterhaltung der „Ordnung“, bzw. dessen, was Brüssel als solche definiert, Sorge trägt. Anton Waldner, der neue Eufor-Kommandant, erklärte noch 2017: „Das exekutive Mandat erlaubt kurzfristig eine signifikante Verstärkung der Truppe und ich werde nicht zögern, diese Reservestreitkräfte wenn nötig zu rufen.“⁴¹ Seit 2009 wird das Mandat zudem um ein nicht-exekutives Mandat ergänzt, welches sich in verschiedenen Bereichen mit „Kapazitätsaufbau und Training“ befasst. Hiermit sollen einmal die militärischen Fähigkeiten Bosniens auf internationales Level gebracht und letztendlich eine Aufnahme in die NATO ermöglicht werden. Auf der anderen Seite geht es dabei aber natürlich auch darum, die Streitkräfte des Landes in die Lage zu versetzen, die von Brüssel präferierte „Ordnung“ durchzusetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Beteiligung bei Eufor 2012 vollständig eingestellt, „unterstützt jedoch die bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte weiterhin bilateral bei deren Aufbau.“⁴² Es steht allerdings zu vermuten, dass Deutschland seine Truppen nicht abgezogen hätte, wären die Proteste nicht erst 2014, sondern wie in Kroatien oder Slowenien bereits 2011/2012 ausgebrochen.

Die größten Kontingente unter den 19 heute noch an der Mission beteiligten Ländern stellen übrigens – koloniales Gewohnheitsrecht – Österreich und die Türkei. Das Österreichische Bundesheer stellt zudem seit 2009 den Kommandanten der Operation, was die Verständigung mit seinem Landsmann Valentin Inzko, dem Hohen Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft (OHR), erleichtern dürfte, der die Geschicke Bosniens im Auftrag der „Internationalen Gemeinschaft“ lenkt (Siehe AUSDRUCK, Februar 2018). Obwohl der OHR keinerlei Verfügungsgewalt über die EU-Truppen hat, weiß er diese als symbolischen Multiplikator seiner Autorität durchaus zu



Dem Althea-YouTube-Kanal entnommene Bilder einer EUFOR-Aufstandsbekämpfungs-Übung mit den bosnischen Streitkräften. Quelle: Youtube: EUFOR Althea

nutzen, eine Komplementarität, die bereits in der dichotomischen Konstruktion des Machtapparats im DPA⁴³ entsprechend angelegt zu sein scheint: „Zusätzlich zur Abschreckfunktion wurde die Präsenz der SFOR weithin als Unterstützung für die politischen Aktivitäten des Büros des Hohen Repräsentanten gesehen. [...] Eine Militärpräsenz im Hintergrund (ohne jedoch darauf zurückzugreifen) verstärkt wesentlich seine Autorität (Interview mit dem nationalen Beamten M).“⁴⁴

Dies verschafft der EU und ihrem lokalen Statthalter Inzko das nötige Selbstvertrauen, um renitente lokale Politiker wie Dodik „beherzt“ in die Schranken zu weisen. Der „Wert“ der EU-Truppen zeigte sich aber auch allzu deutlich während der heißen Phase der Unruhen 2014, als Inzko am 8. Februar 2014 in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung Kurier wissen ließ: „Wir beraten die Lage [...] im internationalen Lenkungsausschuss. Österreich wird seine Truppe in Bosnien aufstocken. Wenn die Lage eskaliert, werden wir eventuell an EU-Truppen denken müssen.“⁴⁵ Auch der Direktor zur Koordinierung der Polizeieinheiten in der Föderation, Himzo Selimovic, hatte die EU und die internationale Gemeinschaft, kurz bevor er seinen Rücktritt anbot, um eine bewaffnete Intervention angesucht, falls die Ausschreitungen anhalten würden. Es lässt sich nur spekulieren, was geschehen wäre, wenn die Proteste nicht bereits kurz darauf zum Erliegen gekommen wären.

Bislang wurden noch keine EU-Truppen zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt, das überlässt man den bosnischen Sicherheitskräften. Ohne Zweifel würde die EU in allergrößter Not aber auf ihre im Land stationierten Einheiten zurückgreifen, bevor das Land ihrer Kontrolle entgleiten würde.

In aller Deutlichkeit nennt die Althea-Mission in einer Informationsbroschüre vom Dezember 2017 als „zentrale Bedrohungen von Frieden und Stabilität“ in Bosnien-Herzegowina auf der einen Seite „ethno-nationalistisch-zentrierte Politik“ sowie „Polarisierung und Demagogie“ und auf der anderen die „schwache Wirtschaft“ und die „große Arbeitslosigkeit, insbesondere unter der jungen Generation.“ Dass es in dem Land brodeln wird offen eingestanden – dass die Situation aber mit der EU-Politik etwas zu tun haben könnte, natürlich nicht. Im Gegenteil, es wird sogar argumentiert, die Bevölkerung befürworte die EU-Militärpräsenz im Land: „Aktuell schätzen 88

Prozent der bosnischen Bevölkerung die politische Lage als ‚kritisch‘ oder sich ‚verschlimmernd‘ ein, die Mehrheit nimmt die Präsenz der EUFOR als ein beruhigendes Element wahr, die ihr Sicherheitsgefühl erhöht.“⁴⁶ Ein deutlicher Hinweis allerdings, dass die EU selbst nicht so ganz an die von ihr postulierte Beliebtheit ihrer Truppenpräsenz glaubt, liefert das Szenario der EUFOR Althea Aufstandsbekämpfungübung „Quick Response 2015“, in dem die Protestierenden, gegen die ein militärisches Vorgehen geprobt wurde, mit einem Schild ausgestattet wurden, auf dem „EUFOR go home“ stand.⁴⁷

Die EU ist augenscheinlich bereit, zugunsten ihrer „Ordnungsvorstellungen“ sowohl secessionistisch als auch sozial motivierte Proteste repressiv zu unterdrücken (bzw. unterdrücken zu lassen). Mit anderen Worten lässt sich der EU-Plan für Bosnien-Herzegowina salopp auf folgende Formel herunterbrechen: Weder Nationalismus noch Sozialismus: Neoliberalismus!

Anmerkungen

- 1 Laza Kekic, Ripe for rebellion? Where protest is likeliest to break out, economist.com, 18.11.2013.
- 2 Nidzara Ahmetasevic, Bosnian Farmers Protest Against Flood of Imports, iwpr.net, 16.9.2005.
- 3 Danijela Majstorovic, What Remains ‘after Plenums’: Activist Citizenship and the Language of the ‘New Political’, artsrn.uualberta.ca, 4.4.2015.
- 4 Peter Lippman, Bosnia-Herzegovina Report #2 – Sarajevo and Bosnia-Herzegovina, BalkanWitness, July 2013.
- 5 Jasmin Mujanović, “Bebolucija!”: The #JMBG Movement in Bosnia-Herzegovina, politicsrespun.com, 11.6.2013.
- 6 Mirela Grünther-Dečević, “Bebolucija” - Baby-Revolution in Bosnien-Herzegowina, boell.de, 13.6.2013.
- 7 Eric Gordy, Something big comes this way, eastethnia.wordpress.com, 7.6.2013.
- 8 Marina Antic, Sometimes a Plenum is just a Plenum ..., bhprotestfiles.wordpress.com, 16.2.2014.
- 9 Interview zu Bosnien: „Wir sind einfach eine Person mit tausenden Körpern“, aus dem Russischen, ursprünglich auf linksunten.indymedia.org. Zugänglich unter solidarnost.blogspot.eu
- 10 Asim Mujkić, Bosnia and Herzegovina in the search for the democratic counter-power, otvoreni-magazin.net, 06.11.2015.
- 11 Tijana Cvjetičanin, Protest und wenig Beteiligung: Die Wahlen in Bosnien-Herzegowina, boell.de, 17.10.2014.
- 12 Danijela Majstorović, Zoran Vučkovic & Anđela Pepić (2016): From Dayton to Brussels via Tuzla: post-2014 economic restructuring as europeanization discourse/practice in Bosnia and Herzegovina, Southeast European and Black. Sea Studies 15(4): 661-682.
- 13 Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Vorsitzenden der Präsidentschaft Ivanic, bundesregierung.de, 9.7.2015.
- 14 Council of Ministers of Bosnia and Herzegovina: Zvizdić – Ferguson: System Reforms a Way towards Better Life of Citizens and towards EU and NATO, vijeceministara.gov.ba, 10.4.2015.
- 15 Majstorović, Vučkovic & Pepić (2016).
- 16 Online-Broschüre des Compact: http://europa.ba/wp-content/uploads/2015/05/delegacijaEU_2014090816171626eng.pdf
- 17 Ebd.
- 18 So besteht die EU z.B. nicht mehr auf der Implementierung des anti-diskriminatorischen Sejdić-Finci-Urteils des Europäischen Gerichtshofs, welches eine Verfassungsänderung zugunsten der im Dayton-Vertrag von den öffentlichen Ämtern ausgeschlossenen „anderen“ Ethnien erfordern würde.
- 19 Vgl. bspw. diese Passage aus dem (deutschen) Kanzleramtspapier vom Dezember 2002: „[...] eine der Kernstrategien der Bundesregierung [ist] die auf eine Absenkung der Lohnnebenkosten abzielende Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme.“ (siehe Denkfehler 22: “Die Lohnnebenkosten sind zu hoch.” Nachdenkseiten, 22.2.2005)
- 20 Majstorović, Vučkovic & Pepić (2016).
- 21 “Bosnien Serbs protest against labour reform”, balkaninsight.com, 5.5.2015.
- 22 Philip Hammond und Frank-Walter Steinmeier, Ein Neustart für Bosnien-Herzegowina, Frankfurter Rundschau, 5.11.2014.
- 23 Ebd.
- 24 Bosnia and Herzegovina: Letter of Intent; June 13, 2014, www.imf.org
- 25 Zitiert nach: Marina Antić, The History of Uneven Development on the European Margins from Princip to the Plenums, in: “The Long Shots of Sarajevo” 1914: Ereignis - Narrativ – Gedächtnis, Tübingen 2015.
- 26 Bodo Weber, Neues Arbeitsrecht in BiH – EU-Reformen und internationale Finanzinstitutionen, Friedrich-Ebert-Stiftung Sarajewo, 14.11.2016.
- 27 Ebd.
- 28 Aleksandar Matkovic, “The open violence of the Balkan labour reforms: an interview with Aleksandar Matković”, criticatac.ro, 04.09.2017 (ursprünglich erschienen auf balkans.aljazeera.net).
- 29 “Thousands protest against new bosnian labour law”, balkaninsight.com, 15.7.2015.
- 30 Mladen Dragojlovic, May 1: BiH workers take to the streets, balkan.eu.com, 1.5.2015.
- 31 Bosnian region adopts labour law reform sought by EU, IMF, reuters.com, 29.12.2015.
- 32 Zitat: Dodik stated, “that the unwillingness to accept the constitutional changes has shaken BiH’s foundations much more seriously than my theoretical consideration of a referendum as a theoretical possibility” (nach Gerard Toal, “Republika Srpska will have a referendum”: the rhetorical politics of Milorad Dodik, Nationalities Papers, Vol. 41, 2013, S. 166-204..)
- 33 International Court Justice: Accordance With International Law of the Unilateral Declaration of Independence in Respect of Kosovo, 22.7.2010.
- 34 Serbien beklagt Verlust „unseres Jerusalems“, Die Welt, 23.7.2010.
- 35 Sabine Lösing & Jürgen Wagner, Diplomatie mit Marschflugkörpern, Junge Welt, 17.12.2010.
- 36 Zuvela, M., 2015. Biggest Serb party in Bosnia threatens 2018 secession. Sarajevo [Stand 22.08.2017].
- 37 Danijel Kovacevic, 2016. Bosnian Serb Leader Postpones Controversial Referendum, Balkan Insight, 9.2.2016.
- 38 Vgl. Zakem, Rosenau, Johnson: Internal Vulnerabilities and Malign Influence from Russia, Terrorism, and Transnational Organized Crime, CNA Occasional Paper, May 2017: „The referendum was widely seen as a test run for a 2018 plebiscite on independence for the RS.“
- 39 Das Berlin-Plus-Abkommen bildet die Grundlage für die Beziehungen zwischen EU und NATO und hat zum Ziel, Kompetenzen klar festzulegen und doppelte Strukturen zu verhindern.
- 40 Friedrich Schrötter, EUFOR Operation ALTHEA, Truppendienst, 18.10.2017.
- 41 Major General Anton Waldner Assumes Position of Commander EUFOR in BiH, European Western Balkans, 28.3.2017.
- 42 Deutsche Botschaft Sarajewo, sarajewo.diplo.de
- 43 Nach dem DPA ist der OHR, der vom Friedensimplementierungsrat bestimmt wird, für die zivile Durchsetzung („Implementierung“) des Abkommens zuständig, die IFOR (heute: EUFOR) hingegen für die militärische.
- 44 Hylke Dijkstra, The Role of the Council Secretariat and the European Commission in EU Foreign Policy, Profeschrift, 15.6.2011, S. 136.
- 45 Inzko: „EU-Truppen, wenn die Lage eskaliert“, kurier.at, 8.2.2014.
- 46 Operation Althea, Information Booklet, December 2017.
- 47 Exercise Quick Response 2015 reportage: https://www.youtube.com/watch?v=E5FfD_5ZdUV0